

**Auszug aus der VhU-Programmatik zu „Haushalt, Steuern, Währung“  
vom 25. Oktober 2015**

**Pensionslasten: Mehr Vorsorge treffen.**

Zu den expliziten Schulden des Landes, die überwiegend am Kreditmarkt aufgenommen werden, kommen noch die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten Verpflichtungen des Landes, Pensionen und Beihilfen an Beamte zu bezahlen, hinzu. Während im Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2013 die Kreditmarktschulden bei 40,7 Mrd. Euro lagen, wurden Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höh€e von 59,2 Mrd. Euro ausgewiesen. Die impliziten Schulden sind also noch größer als die an sich schon hohen expliziten Kreditmarktschulden. Ende 2013 standen den – rechnerischen – Pensionsrückstellungen lediglich tatsächlich verfügbare Versorgungsrücklagen in Höh€e von 1,5 Mrd. Euro gegenüber. Das ist deutlich zu wenig. Aufgrund der zu geringen jährlichen Bildung von Rücklagen wird erst ab 2025 die jährliche Erhöhung der Versorgungsrücklage die jährliche Erhöhung der Pensions- und Beihilferückstellungen übersteigen. Das heißt, dass erst ab 2025 die explizite Verschuldung beginnt zu sinken (bei gegebenem Zinsniveau).

Die Landespolitik muss das Ziel einer Verringerung der impliziten Verschuldung durch künftige Pensions- und Beihilfezahlungen energischer anpacken, um den Handlungsspielraum für künftige Generation nicht weiter einzuengen. Auch um Bürgern und Öffentlichkeit die Dramatik der impliziten Verschuldung überhaupt deutlich zu machen, ist es richtig, dass das Land noch vor Erreichen eines strukturell ausgeglichenen Etats Rücklagen bildet.

Die im Koalitionsvertrag beschlossene nachschüssige Bedienung der Rücklagenbildung sollte durch eine planmäßige Rücklagenbildung ersetzt werden.

Rund 200 Mio. Euro sind zusätzlich pro Jahr nötig für höhere Rücklagen aus dem Landesetat. U. a. sollten die jährlichen Rücklagen für jeden neu eingestellten Beamten schrittweise bis 2020 von 6.000 auf mindestens 18.000 Euro pro Beamten und Jahr verdreifacht werden.

Gesetzliche Regelungen sind zu schaffen, um eine vorzeitige und zweckfremde Inanspruchnahme von Versorgungsrücklagen zu verhindern.

Auch den Beamten und Pensionären kann und muss ein höherer Beitrag zur Reduktion der impliziten Verschuldung abverlangt werden. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung auch sollte der jährliche Anstieg der Pensionszahlungen durch einen Nachhaltigkeitsfaktor gebremst werden, der sich an der demografischen Entwicklung orientiert.